

2015 | A.B. BR | 2004 zu 2200 | J BR | 2004 Präs. am 16. Juli 2004

BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

Frau
Präsidentin des Bundesrates
Anna Elisabeth Haselbach
Parlament
1010 Wien

(5-fach)

GZ: BMSG-10001/0139-I/A/4/2004

Wien, 15. Juli 2004

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2200 /J-BR der Bundesräte Hösele, Herta Wimmler, Dr. Schnider, Dlng. Bogensperger, Dr. Karl-Heinz Dernoscheg und Kollegen wie folgt:

Zu der Anfrage ist vorab anzumerken, dass in vielen Bereichen, wie etwa im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung, eine Gliederung nach regionalen Aspekten nicht möglich ist. Andere Leistungen – etwa nach dem Opferfürsorgegesetz, dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz oder Leistungen wie Familienhärte-ausgleich, Unterhaltsvorschüsse, Teilzeitbeihilfenersatz und Wiedereinstellungsbeihilfen – können ebenfalls nur bundesweit dargestellt werden.

## Frage 1:

Folgende Leistungen können jedoch für das Bundesland ziffernmäßig ausgewiesen werden und stellen somit einen <u>Teilaspekt</u> der Leistungen meines Ressorts für das Bundesland Steiermark dar.

Art der Leistung	In Mio. Euro			
	2000	2001	2002	2003
Leistungen nach dem Behinderteneinstellungs- gesetz (Ausgleichstaxfonds, ATF)	11,206	10,160	11,007	12,318
Leistungen nach dem Bundesbehindertengesetz (Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung)	0,768	1,704	4,211	1,984
Leistungen nach dem Kriegsopfer- und Behinder- tenfondsgesetz	-	-	-	0,001
Leistungen aus der Beschäftigungsoffensive für Menschen mit Behinderungen (Beh. Milliarde)	•••	9,862	11,228	12,203

224,700 250,100 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz 217,700 239,300 Leistungen nach dem Kriegsopferversorgungs-70,037 65,685 62,343 58,949 und Heeresversorgungsgesetz 0,221 0,226 0,263 0,225 Leistungen nach dem Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz 0.194 0.187 0,501 0,261 **Familienlastenausgleichsfonds** 399,910 397,140 480,873 522,494

Folgende Projekte für das Bundesland Steiermark wurden seitens meines Ressorts ebenfalls gefördert:.

## Europazentrum/Europahaus Graz

Förderung für das Europäische Jugendseminar "Drogenproblematik in der Europäischen Union"; EU-Anteil rund 50%.

**EUR 4.360,37** (ausgezahlt Jänner 2001)

## Berufsförderungsinstitut Steiermark

Kofinanzierung für das Projekt "LILEBP-Lifelong Learning for blind people" im Rahmen des EU-Bildungsprogramms SOKRATES; EU-Anteil rund 50%.

**EUR 10.000,--** (ausgezahlt Jänner 2002)

## Lebenshilfe Graz und Umgebung

Kofinanzierung für das Projekt "Empowering parents of children with special needs" im Rahmen des EU-Bildungsprogramms SOKRATES; EU-Anteil rund 74%.

EUR 23.691,34 (ausgezahlt Jänner 2002)

EUR 11.043,-- (ausgezahlt Juli 2002)

## Europazentrum/Europahaus Graz

Förderung für die Internationale Konferenz "Frau sein in Europa – Traum oder Albtraum?" EU-Anteil rund 50%.

EUR 5.087,10 (ausgezahlt September 2002)

#### Lebenshilfe Graz

Kofinanzierung für das Projekt "Integrative Berufsausbildung zum Behindertenbetreuerln" im Rahmen des EU-Bildungsprogramms LEONARDO; EU-Anteil rund 70%.

EUR 65.014,72 (ausgezahlt Mai 2004)

Steirischer Landesverband im Österreichischen Gehörlosenverbund

Kofinanzierung für das Projekt "VOGS – Vocational Guidance Standards for Deaf People" im Rahmen des EU-Bildungsprogramms LEONARDO; EU-Anteil rund 70%.

**EUR 10.000,--** (wird im Juni 2004 ausgezahlt)

# Österreichisches Komitee für Unfallverhütung im Kindesalter (ÖKU)

Im Jahr 2001 erging der Auftrag zur Durchführung einer retrospektiven Studie zu "Kinderunfällen mit Produkten" an den Verein "Österreichisches Komitee für Unfallverhütung im Kindesalter" (ÖKU) in Graz. ÖKU ist eine Initiative an der Universitätsklinik für Kinderchirurgie am LKH Graz und seit Jahren mit Projekten in der Prävention von Kinderunfällen tätig. Die Studie lieferte wesentliche Datengrundlagen für Produktsicherheits-Aktivitäten bei Kleinkinderprodukten. Die Kosten hiefür betrugen **EUR 6.529,--.** 

Im Jahr 2003 wurde dem Verein "Österreichisches Komitee für Unfallverhütung im Kindesalter" für die Studie zu "Kinderunfällen", die systematisch alle Kinder betreffenden Unfälle, die in steiermärkischen Krankenhäusern behandelt werden, auswertet, eine Förderung von **EUR 15.000,-**-.gewährt.

Ziel dieser Studie ist, gezielt präventive Maßnahmen zu setzen. Es ist davon auszugehen, dass die Erhebung durchaus als repräsentativ für ganz Österreich angesehen werden kann. Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat diese Studie mitfinanziert.

## Frage 2:

Diese Frage kann derzeit noch nicht beantwortet werden, da die Budgetvoranschläge für 2005 und 2006 erst im Herbst 2004 verhandelt werden.

Mit freundlichen Grüßen Der Bundesminister: